

Bayreuth, den 10.11.09

BBB – Bayreuther Bildungsbündnis

Presseinformation

Der 17. November wird ein Tag der Demonstrationen

Auch Bayreuth beteiligt sich an den bundesweiten Protesten im Rahmen des Bildungsstreiks

Bayreuth, den 10.11.2009 – Ein breites Bündnis aus SchülerInnen und StudentInnen hat sich in Bayreuth zusammengeschlossen, um für eine bessere und gerechtere Bildung zu kämpfen. Am 17. November wird ein Protestzug von der Universität bis zum Luitpoldplatz ziehen, Start ist 14 Uhr am Rondell des Campus. Auf der Abschlusskundgebung um 16 Uhr werden Vertreter von SchülerInnen und StudentInnen reden.

Auch werden wir im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche vom 30.11. bis 6.12. Vorträge, Diskussionen und Filme zum Thema Bildung und Bildungsgerechtigkeit veranstalten.

Wer sind wir?

Wir sind ein unabhängiges und überparteiliches Bündnis aus SchülerInnen und StudentInnen, die sich der Missstände unseres Bildungssystems bewusst sind und für eine Verbesserung desselben eintreten. Bereits im Mai und Juni fanden in Bayreuth Demonstrationen statt. Letztere lief im Zuge des bundesweiten Bildungsstreiks, der insgesamt über 270.000 Menschen auf die Straße brachte. Leider hat sich trotz der Dimension der Proteste nichts Wesentliches geändert, so dass wir weiterhin öffentlich für unsere Forderungen eintreten.

Warum demonstrieren wir?

Wir wollen für das Schulsystem die Umsetzung **freier und alternativer Bildungskonzepte** anstoßen. Dafür sind die ausgeweitete Koexistenz von verschiedenen Pilotprojektschulen sowie Raum für selbstbestimmtes Lernen zu schaffen (freie Themenwahl und Wahl der Unterrichtsgestaltung). Die Umsetzung eines sinnvoll ausgestalteten Ganztagschulalltags beinhaltet angemessene Pausen, warmes kostenloses Mittagessen und vielfältige Sport- und Freizeitangebote.

Es muss endlich **eine Schule für alle** geben - das dreigliedrige Schulsystem fördert eine soziale und zu frühe Selektion. Die Verbesserung der Lehr- und Lernsituation können durch Verkleinerung der Klassen sowie mehr Lehrkräfte, Stellenausbau von SchulpsychologInnen und –pädagogInnen erreicht werden. Zusätzlich sollen Methodenkompetenzen vermittelt werden anstelle des vorherrschenden Frontalunterrichts.

Im Selbstverständnis der Schule muss eine Erziehung der SchülerInnen zu kritischen und mündigen BürgerInnen verankert sein. Daher ist es notwendig, das Schulforum zum faktisch wichtigsten Gremium an der Schule zu erheben und den SchülerInnen **Mitspracherecht** bei der Gesetzgebung - auch auf Landesebene – einzuräumen.

Die **soziale Öffnung der Hochschulen** muss jetzt umgesetzt werden, da die doppelten Abschlussjahrgänge 2010/11 an die Universitäten drängen werden. Internationale Studien zeigen, dass die Kopplung zwischen sozialem Status und erworbenem Bildungsniveau in Deutschland nach wie vor stärker ausgeprägt ist als in anderen Staaten. Entsprechend fordern wir die **Abschaffung von Bildungshürden**. Aufgrund des sozioselektiven Charakters fordern wir eine ersatzlose Streichung der Studienbeiträge und -gebühren. Bildung ist eine staatliche Kernaufgabe und ein Menschenrecht, aus dessen Verantwortung sich der Staat nicht zurückziehen darf. Und deshalb darf Bildung nicht an die Wirtschaft verkauft werden.

Verfahren zur Zulassungsbeschränkung sollen im Dialog mit allen Beteiligten grundsätzlich überarbeitet werden.

Für **mehr Bildung** im Studium. Für nachhaltige Bildung ist das verschulte Bachelor- und Master-System kontraproduktiv. Statt Bulimie-Lernen und starren Stundenplänen sollte mehr Wahlfreiheit für die Studierenden unter Beibehaltung der Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Hochschulstandorten ermöglicht werden. Internationaler Austausch an den Universitäten muss erleichtert werden. Flexible Studentenpläne sollen Studieren in verschiedensten Lebenslagen, z.B. für Eltern und Berufstätige ermöglichen.

Um das Universitätsleben **demokratisch mitgestalten** zu können, benötigen alle internen Beteiligten eine paritätische Sitzverteilung in allen Hochschulgremien. Des Weiteren ist es wichtig für die demokratische Repräsentationskultur eine verfasste Studierendenvertretung in das Landeshochschulgesetz aufzunehmen. Das führt zu einer stärker von StudentInnen bestimmten Hochschulpolitik.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung:

Bayreuth, den 10.11.09

Pressekontakt:

Christian Rein

0151/23644053

Cr-in-bt@gmx.de

Christine Hellerström

c.hellerstroem@googlemail.com

Weitere Informationen: <http://www.bildungsstreik2009.de/>